Bannerstreit im Möckernkiez

Eine Abmahnung wegen Transparenten an Genossenschaftswohnungen schlägt Weller

ULRICH PAUL

Für Thomas Fues ist die Sache klar: „Ich würde es eine veritable Krise nennen, die wir haben, einen gravierenden Konfliktfall“, sagt er. Fues ist Mitglied der Genossenschaft Möckernkiez, die mit 471 Wohnungen an der Möckernstraße in Kreuzberg ein Modellprojekt für gemeinschaftliches Wohnen geschaffen hat. Doch in dem als Gegenmodell zu renditeorientierten Projekten privater Investoren gedachten Quartier kriselt es gewaltig. Der Grund: Der kaufmännische Vorstand der Genossenschaft Frank Nitzsche hat vor einer Woche mehreren Bewohnern eine Abmahnung ins Haus geschickt, in der er „wegen massiver Störung des Hausfriedens“ mit der fristlosen Kündigung drohte. Anlass: Die Bewohner hatten an der Hausfassade mehrere Banner angebracht, auf denen sie das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co.“ enteignen unterstützen.

„Die Anbringung von Bannern an der Außenwand des Gebäudes wird vom Mietgebrauch nicht umfasst“, heißt es in der Abmahnung. Schilder, Aufschriften und Gegenstände jeglicher Art dürften nur mit Zustimmung der Genossenschaft am Gebäude angebracht werden. Eine Zustimmung sei hier nicht erfolgt. Und sie würde auch nicht erteilt werden.

Ziel ist die Wiederanbringung

Mit der Abnahme der Banner innerhalb der gesetzten Frist konnten die Bewohner zwar eine weitere Verschärfung abwenden, doch damit ist die Sache nicht erledigt. Das Vorgehen habe sie „zutiefst erschüttert“, sagt Iris Veit, die in der Wohngemeinschaft „Lebendig Altern“ zusammen mit fünf anderen Menschen lebt. Sie hatten eines der umstrittenen Banner angebracht. Zu den Grundwerten der Genossenschaft gehöre, dass sie „Formen der politischen Meinungsäußerung“ zulasse, sagt Veit. Vorher hätten an der Fassade Plakate gehangen, die sich etwa gegen Rassismus richteten. Die seien nicht beanstandet worden. „Unser Ziel ist, dass wir die Banner wieder anbringen dürfen“, sagt Veit. Es könne „nicht sein, dass ein Vorstandsmitglied darüber entscheidet, welche Plakate zulässig sind und welche nicht“.

Ähnlich äußert sich Günter Piening, der frühere Integrationsbeauftragte des Senats, der im Möckernkiez lebt: „Viele Bewohner des Möckernkiezes sind überrascht und enttäuscht“, sagt er. „Denn mit so einem Verhalten des Vorstandes war nicht zu rechnen. Wir sind ein sehr diskussionsfreudiges Unternehmen und gelten als Vorbild für Partizipation.“ Erst im August vergangenen Jahres habe der Beirat der Genossenschaft,

in dem alle Häuser vertreten sind, „entschieden, dass Banner aufgehängt werden dürfen“, argumentiert Piening. In dem Beschluss heiße es, dass die Entscheidung zur Gestaltung der Fassaden und Balkonaußenseiten von den Nutzern ausgehe. Im Streitfall zwischen den Hausbewohnern entscheide die Hausversammlung dieses Hauses. Falls Nutzer mehrerer Häuser betroffen sein sollten, entscheide der

Beirat. Auf der Sitzung, auf der dieser Beschluss gefasst wurde, sei der Vorstand anwesend gewesen. An das Verfahren zur Streitbeilegung habe er sich dennoch nicht gehalten.

Vorstandsmitglied Frank Nitzsche, der das Projekt der Genossenschaft einst nach einem Baustopp übernahm und erst zum Erfolg führte, verteidigt sein Vorgehen. „Die Anbringung der vorhergehenden Banner waren Teil eines Kunstprojektes, bei dem der Vorstand vorher um Genehmigung zur Anbringung gefragt wurde“, sagt er. Eine mögliche Kündigung sei in dem Schreiben nur als der „allerletzte Schritt“ angekündigt worden und „keineswegs gewollt“ gewesen. Der Beschluss zum Umgang mit Bannern habe sich nur auf das Kunstprojekt bezogen.

Krisensitzung der Genossenschaft

Bei einer zweieinhalbstündigen Krisensitzung am Mittwochabend diskutierten die Genossenschaftsmitglieder, wie es weitergehen soll. Ergebnis: Man will miteinander reden. „Der Aufsichtsrat hat die betroffenen Wohngemeinschaften, den Beiratvorsitz und den Vorstand zu einem Vermittlungsgespräch eingeladen“, sagt Thomas Fues, der zum dreiköpfigen Beiratvorsitz gehört. Die Abmahnung sei „formell zurückgezogen und aus der Mieterakte entfernt“ worden. In den nächsten Wochen solle ein Meinungsbild dazu erstellt werden, „ob und unter welchen Bedingungen Banner politischen Inhalts in Zukunft aufgehängt werden können“, so Fues.

Das Problem an dem Beschluss zum Umgang mit Bannern aus dem vergangenen Jahr sei, dass er unterschiedlich interpretiert werde, sagt Astrid Kaemena, die ebenfalls zum Beiratvorsitz gehört. Der Beschluss solle nun präzisiert werden. Dazu diene das Meinungsbild. „Sollte eine Mehrheit dafür sein, Banner politischen Inhalts aufzuhängen – und vielleicht sogar ohne Einschränkungen –, dann müssen wir als Beiratvorsitz mit dem Vorstand reden, wie wir das handhaben“, sagt Kaemena. „Denn wir haben nicht die formale Macht, das zu bestimmen.“ Rechtlich gesehen habe der Vorstand die Hoheit über die Fassaden. Kaemena: „Das würde dann noch mal ein sehr interessanter Prozess werden. Ich bin aber sehr optimistisch, dass wir eine Lösung finden. Weil uns das bisher immer gelungen ist.“

Berliner
Zeitung,
12.3.2021